



Offener Brief

Basisgruppe Koblenz
c/o Barbara Bernhof-Bendley
Ulnerstraße 8
56070 Koblenz

09. Mai 2011

Herrn
Bischof
Dr. Stephan Ackermann
Liebfrauenstraße 1

54290 Trier

Sehr geehrter Herr Bischof,

am kommenden Donnerstag, dem 12.5., feiern Sie in St. Kastor in Koblenz ein Pontifikalamt anlässlich des Weltfriedenstages. In Koblenz ist er mit den Veranstaltungsorten Festungskirche und Buga-Gelände in die Buga integriert. Offensichtlich sollen die Buga- Events mit dem „Internationalen Soldatentag“ ‚bereichert‘ werden.

Solche Events stehen in einem Zusammenhang, in dem die Bundeswehr nach gesellschaftliche Anerkennung sucht – nicht zuletzt im Blick auf die Werbung junger Menschen für Kriegseinsätze. Die enge Verknüpfung von Kirche und Militär, wie sie hier zum Ausdruck kommt, halten wir für problematisch und befürchten, dass die biblische Friedensbotschaft mit politischen Interessen kurzgeschlossen wird. Dann aber wird Frieden gepredigt und Krieg gesegnet. Dagegen melden wir unseren Widerspruch an.

Die Bundeswehr dient nicht einfach dem Frieden.

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Umorientierung der Bundeswehr von einer Armee im Dienst der Landesverteidigung zu einer Interventionsarmee durchgesetzt, die auf Kriegsfähigkeit ausgerichtet ist und sich aktiv an Kriegen beteiligt. Zu diesem Zweck scheuten sich Politiker nicht, auf eine Propaganda zurückzugreifen, die Recherchen von Journalisten später als Lüge entlarvten. Die Berufung auf die Menschenrechte ist ebenso unglaubwürdig wie die Rede von sog. ‚humanitären Interventionen‘. Als erster Politiker hat der ehemalige Bundespräsident Köhler die Wahrheit ausgesprochen, als er die Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan mit wirtschaftlichen Interessen in Verbindung brachte. Nachdem das Tabu einmal gebrochen war, konnte der ehemalige Verteidigungsminister von Guttenberg „offen, ohne Verklemmung“ aussprechen, worum es geht: „Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und geostrategischen Gesichtspunkten zu betrachten.“ Entsprechend müsse die „deutsche Wirtschaft weltweit militärisch betreut werden“.

Die von ehemaligem Bundespräsidenten und Verteidigungsminister ausgesprochenen Zielsetzungen haben bereits ihren Niederschlag in den Verteidigungspolitischen Richtlinien der

Bundeswehr ebenso wie in dem neuen strategischen Konzept der Nato gefunden. Unter dem Titel „Aktives Eingreifen – Moderne Verteidigung“ werden hier alle möglichen Bedrohungen aufgelistet: Piraterie, Cyberkriminalität, Terrorismus, Klimawandel, Drogenschmuggel, Umweltkatastrophen, Flüchtlingsströme, Abschmelzen der Polarkappen, Waffenschmuggel, Lebensmittel- und Wasserknappheit. Die scheinbar willkürlich zusammengestellte Bedrohungsliste ergibt einen ‚roten Faden‘, wenn wir die Bedrohungen als Ausdruck der mit dem Kapitalismus verbundenen Krisendynamik verstehen.

Militärische Interventionen stehen dann auf der politischen Tagesordnung, wenn Krisen und Zusammenbrüche die Funktionsfähigkeit der herrschenden wirtschaftlichen und politischen Strukturen bedrohen, also wenn Zugänge zu Rohstoffen und Transportwege nicht mehr sicher sind, wenn durch den Zusammenbruch von Staaten politische Instabilitäten oder durch Migration soziale Unsicherheiten entstehen. Worum es letztlich geht, ist eine Art militärischer Sicherheitsimperialismus. Gesichert werden sollen funktionierende Zentren und Wohlstandsinseln, d.h. Standorte und deren sicherer Zugriff auf Rohstoffe und Infrastruktur.

Die Menschenrechte tauchen in diesem Zusammenhang meist nur dann auf, wenn sie zur Legitimation von Kriegen nützlich erscheinen. In der Realität (z.B. Irak, Afghanistan, Libyen) erleben wir ein immer ähnliches Muster: Diktaturen werden hofiert und hochgerüstet, solange sie für die westlichen Interessen nützlich erscheinen. Zum menschenrechtlichen Problem werden sie, wenn sich die Interessenlage ändert.

Suche nach Akzeptanz und Stärkung von Heroismus

Offensiv sucht die Bundeswehr in der Öffentlichkeit nach Akzeptanz für ihre Kriege. Vom Eindringen in das Schul- und Bildungswesen über Werbekampagnen zur Rekrutierung von Soldaten bis hin zu Öffentlichen Vereidigungen, Gedenkritualen, Zapfenstreichen und Auftritten in Kirchen reicht die Palette der Maßnahmen. Eine wesentliche Zielsetzung dabei hat der Politologe Herfried Münkler formuliert. Nach ihm geht es darum, Heroismus zu stärken. Dies müsse offensiv geschehen, da die marktwirtschaftliche Orientierung auf Leistung und Gegenleistung, Kosten-Nutzen-Kalkulation etc. zivilgesellschaftlich notwendige heroische Tugenden wie die Bereitschaft, sein Leben einzusetzen, konterkarierten. Diesem Zweck dienen – so Münkler – Inszenierungen eines leeren Transzendenzbezuges, einer Überhöhung ohne Gott.

In den Dienst einer problematischen ‚Überhöhung mit Gott‘ stellt sich Militärgeneralvikar Wakenhut, wenn er in einer Trauerfeier für in Afghanistan gefallene Soldaten davon spricht, die Gefallenen seien im „Einsatz für eine einzige Menschheitsfamilie“ gefallen, sich dabei auf den Sendungsauftrag am Ende des Matthäusevangeliums beruft und als Fazit formuliert: Die Soldaten „haben dafür ihr Leben geopfert. Und es gibt keine größere Liebe als die – sagt Jesus – wenn einer sein Leben hingibt für seine Freunde.“

In der biblische Friedensbotschaft sehen wir eine kritische Distanz zum wirtschaftlichen und politischen Auftrag der Bundeswehr markiert. Wir erinnern nur daran, dass die neutestamentliche Friedensbotschaft im Konflikt mit der römischen Militärrherrschaft und ihrer Legitimation als ‚Pax romana‘ steht. Vor diesem Hintergrund sagt Jesus: „Meinen Frieden gebe ich euch; nicht einen Frieden, wie die Welt(ordnung) ihn gibt.“ (Joh 14,27)

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Barbara Bernhof-Bentley